

## Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 61/002/2024

**Mobilitätsausschuss am 22.02.2024**

<b>Zu Punkt 11:</b>	<b>Ergänzung des Nahverkehrskonzeptes mit Schnellbuslinien und SPNV</b> <b>Hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 20.12.2023</b>
---------------------	--

Herr Beckmann ergänzt zu seinen Ausführungen unter TOP 4, dass die Kreisverwaltung intensiv an Verbesserungen des ÖPNV-Angebotes im Kreis Mettmann arbeite. Er gibt jedoch zu bedenken, dass vor dem Hintergrund der im ÖPNV aktuell herrschenden Rahmenbedingungen Wünsche zur Umsetzung zusätzlicher (Schnell-) Buslinien verstärkt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, einer konkret erkennbaren Fahrgastnachfrage und unter Berücksichtigung des schon vorhandenen ÖPNV-Angebotes (Linienverläufe, Fahrplanangebot, Fahrzeiten) zu betrachten sind. Zusätzliche Schnellbuslinien im Kreis Mettmann werden Wechselwirkungen auf das bestehende Busliniennetz, die Anschlussbeziehungen und die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV haben. Aus diesem Grund kann die Schaffung neuer Buslinien nur gemeinsam mit den betroffenen kreisangehörigen Städten und Verkehrsunternehmen erfolgen, die frühzeitig und umfassend in die Planung einzubinden wären.

Daher schlägt die Verwaltung vor, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln und die Einrichtung zusätzlicher Schnellbuslinien als Baustein im Rahmen der Erarbeitung des künftigen Nahverkehrsplans (NVP) für den Kreis Mettmann zu prüfen.

Zur Aufforderung, die Einrichtung eines zusätzlichen Halts auf der Linie S1/S17 in Hilden voranzutreiben wird auf die Ausführungen der Verwaltung zum Stand der Machbarkeitsstudie S1/S17 (61/004/2023, Pkt. 3 sowie 61/042/2023, Pkt. 2) verwiesen. Die Verwaltung begleitet das Thema fortlaufend unter Einbeziehung der betroffenen kreisangehörigen Städte Langenfeld und Hilden. Zudem waren die Bemühungen, die Durchbindung der S17 bis Düsseldorf im Rahmen der Machbarkeitsstudie gutachterlich überprüfen zu lassen, erfolgreich.

Herr Görtz ergänzt, dass es zu den als sinnvoll erachteten Schnellbuslinien und Verbesserungen im SPNV-Netz auch eine regionale Abstimmung im Rahmen des dem Ausschuss vorgestellten Integrierten Regionalen Mobilitätskonzeptes gegeben hat.

Herr Beckmann führt weiter aus, dass die Idee einer direkten S -Bahnverbindung von Hilden über die Güterzugstrecke über Langenfeld-Immigrath (DB-Streckenummer 2324) nach Köln, aufgrund der hohen Auslastung dieses wichtigen Güterkorridors nur mit Bau eines dritten Gleises umgesetzt werden könnte. Der Bau dieses Gleises ist aufgrund fehlenden Platzes nicht möglich.

KA Thomas teilt mit, dass er zur Schnellbus-Thematik grundsätzlich der gleichen Meinung ist wie die Verwaltung. Er betont, dass es notwendig sei, vor Entscheidungen über neue Schnellbuslinien im Vorfeld die Städte einzubinden, und er weist darauf hin, dass die Mehrleistungen auch bezahlbar sein müssen. Daher solle die Einrichtung zusätzlicher Schnellbuslinien bei der Erarbeitung des künftigen NVP geprüft werden. Die CDU bittet daher die FDP, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

KA Morgenroth führt aus, dass es eine Übereinstimmung mit der FDP gebe, das Schnellbussystem im Kreisgebiet zu verbessern, dass aber dafür zunächst das Ergebnis der Mobilitätsbefragung SrV 2023 abzuwarten sei. Er begrüßt, dass die Einrichtung zusätzlicher Schnellbuslinien bei der Erarbeitung des künftigen NVP geprüft werden solle. Er weist auf die derzeit schwierige finanzielle Situation in den Kommunen hin und teilt mit, dass aus den vorgenannten Gründen dem Antrag nicht zugestimmt wird.

KA Ehlert teilt die Einschätzung der Verwaltung und merkt an, dass die Umsetzung nicht möglich und deswegen nicht zielführend sei. Die Führung des SPNV über die Güterzugtrasse sei nicht zielführend, da die Kapazitäten für den Güterverkehr benötigt werden.

SB Nixdorf kann den Antrag inhaltlich nachvollziehen, stimmt aber den Ausführungen der Verwaltung und KA Ehlert zu und wirft die Fragestellung auf, warum man nicht an die Kommunen herantritt, anstatt im Kreistag den Antrag zu stellen. Dem Vorschlag zur Umwandlung in einen Prüfauftrag stimmt er zu.

KA Besche-Krastl teilt mit, dass es zur Umsetzung des Antrages einer notwendigen finanziellen Ausstattung auf allen Ebenen bedarf.

KA Thomas weist auf die guten Erfahrungen der Zusammenarbeit zwischen Politik, Kreisverwaltung und den kreisangehörigen Städten hin. Er hält es für nicht zielführend, dass der Beschluss an den kreisangehörigen Städten vorbei gefasst werden soll. Zudem sollte zunächst auf die Ergebnisse der Mobilitätsbefragung gewartet werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung folgender Schnellbuslinien im Kreis Mettmann umzusetzen:

-Langenfeld – Hilden – Düsseldorf (SB 785)

-Hilden – Erkrath – Mettmann (SB 741)

-Mettmann – Haan – Hilden – Langenfeld - Monheim-Baumberg (SB Südkreis)

-Mettmann – Ratingen - Heiligenhaus – Velbert – Wülfrath (SB Nordkreis)

Für die Schnellbusse im Süd- und Nordkreis wird eine Möglichkeit zum Umsteigen in Mettmann eingerichtet.

Die zusätzlich eingesetzten Schnellbusse sollen während der Spitzenauslastungen am Morgen und späten Nachmittag besonders mit Blick auf den Pendlerverkehr im Halbstundentakt verkehren und die bestehenden Buslinien verstärken. Dabei sollen in jeder der kreisangehörigen Gemeinden nur maximal die zwei wichtigsten Haltepunkte (bspw. an S-Bahn-Stationen oder Knotenpunkten der Ortsbuslinien) angefahren werden.

Darüber hinaus wird die Einrichtung eines zusätzlichen Haltepunktes auf den zukünftigen Linien S16/S17 (Düsseldorf – Solingen – Leverkusen-Opladen – Köln) im Kreis Mettmann, in Hilden, weiterhin prioritär vorangetrieben.

Die Kostenbeteiligung ist mit den betroffenen Gemeinden abzustimmen.

Fördermöglichkeiten zur Einrichtung von Schnellbuslinien durch Bund, Land und EU sind zu prüfen. Eine Beteiligung des Kreises an den Kosten könnte auch ggf. über das Klimaschutz-Budget erfolgen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**  
bei 1 Ja-Stimme der FDP-Fraktion.

### **Kreisausschuss am 14.03.2024**

<b>Zu Punkt 14:</b>	<b>Ergänzung des Nahverkehrskonzeptes mit Schnellbuslinien und SPNV</b> <b>Hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 22.12.2023</b>
---------------------	--

Landrat Hendele berichtet aus den Beratungen des Mobilitätsausschusses vom 22.02.2024. Der Antrag der FDP-Fraktion wurde – bei einer Ja-Stimme der FDP-Fraktion – mehrheitlich abgelehnt. Gleichwohl wünsche die FDP-Fraktion explizit eine weitere Beratung über den Kreisausschuss im Kreistag. Die Mitglieder des Kreisausschusses erklären sich einverstanden, dass KA Ruppert, der aufgrund der Verhinderung von KA Müller und KA Joseph heute als Gast an der Sitzung teilnimmt, zum Antrag der FDP-Fraktion Erläuterungen vorträgt. KA Ruppert bittet um eine Weiterleitung des Antrags ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag am 21.03.2024.

KA Ehlert betont, dass es eine gute Gepflogenheit sei, solchen Bitten von Fraktionen auch nachzukommen. Allerdings weist er deutlich darauf hin, dass der Antrag im Fachausschuss vor der mehrheitlichen Ablehnung ausführlich diskutiert worden sei. Zum einen würden die vom Thema berührten Städte den Bedarf aktuell nicht sehen, zum anderen solle das Ergebnis einer Befragung der TU Dresden mit Blick auf eventuelle Bedarfsfeststellungen abgewartet werden. Obwohl der FDP-Fraktion im Mobilitätsausschuss angeboten worden sei, den Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung aufzugreifen statt ihn abzulehnen, habe der Vertreter der FDP-Fraktion auf einer Abstimmung in der Sache bestanden.

KA Thomas bestätigt dies und unterstreicht, dass in jedem Fall das für die zweite Jahreshälfte in Aussicht stehende Verkehrsgutachten abzuwarten sei. KA Gräber merkt an, dass sich die Gremien des VRR intensiv mit Schnellbuslinien beschäftigen. Mit ca. 80 Linien bestehe hier ein komplexes System, in das Eingriffe nur in sehr stimmiger Weise erfolgen könnten. Da die Städte für die Linien bezahlen müssen, könne man neue Linien keinesfalls auf die Kommunen überstülpen. Auch sie sehe im Umgang mit dem FDP-Antrag nur die Optionen, diesen entweder als Prüfauftrag zu beschließen oder ihn ablehnen zu müssen.

Auch KA Madeia kann nicht nachvollziehen, warum die FDP-Fraktion sich im Mobilitäts-ausschuss gegen einen Prüfauftrag gewehrt habe, obwohl „goldene Brücken“ gebaut worden seien. Es gelte nun, eine öffentliche Ablehnung im Kreistag zu vermeiden, da es keine gute Botschaft sei, wenn dort der Eindruck entstehe „Die FDP möchte Schnellbuslinien für die Bürgerinnen und Bürger, aber der Kreistag lehnt dies ab!“. Er appelliert daher an die FDP-Fraktion, sich in dieser Sache konstruktiv zu bewegen.

Landrat Hendele verdeutlicht, dass eine Rücknahme des Antrags im Kreisausschuss nicht möglich sei, da KA Ruppert die FDP-Fraktion heute nur als Gast repräsentiere. Im Kreistag sei eine Rücknahme (oder die Umwandlung des Beschlussvorschlages in einen Prüfauftrag) möglich.

KA Ruppert nimmt die Anregungen und Appelle aus der Runde auf und will diese Erwägungen in die Beratungen seiner Fraktion bis zur Sitzung des Kreistages einbringen.

Folglich wird der Antrag der FDP-Fraktion ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag verwiesen.

### **Kreistag am 21.03.2024**

<b>Zu Punkt 16: Ergänzung des Nahverkehrskonzeptes mit Schnellbuslinien und SPNV Hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 22.12.2023</b>
---

KA Joseph führt zu den Hintergründen des Antrages aus. Die FDP-Fraktion sei davon überzeugt, dass die Schaffung einer neuen Schnellbuslinie auch zu einer entsprechenden Nachfrage führen werde. Er betont, dass die Schnellbuslinien im Kreis Mettmann ein Erfolgsgarant seien. Alle bestehenden sechs Linien werden derzeit sehr gut angenommen. In Hilden gebe es zwar eine S-Bahn-Linie, allerdings fehle es an einer Schnellbuslinie, welche u.a. auch mögliche S-Bahn-Ausfälle problemlos auffangen könnte. Letztlich gehe es bei der Thematik auch um den Klimaschutz und eine Verkehrswende vom Auto hin zum ÖPNV.

Abschließend bietet KA Joseph an, den vorliegenden Antrag in einen Prüfauftrag umwandeln.

KA Thomas führt aus, dass die Umwandlung in einen Prüfauftrag bereits im Mobilitätsausschuss möglich gewesen wäre, dort von der FDP-Fraktion allerdings noch abgelehnt worden sei. Aus diesem Grund bedankt er sich für den spontanen Sinneswandel. Er führt weiter aus, dass die CDU-Fraktion vor einer Handlung bedarfsbegründende Fakten als notwendig erachte und aus diesem Grund auf das in diesem Jahr vorgestellte Verkehrsgutachten der TU Dresden warten wolle, um die dort erhobenen Daten einfließen lassen zu können. Zudem halte er es nicht für zielführend, einen solchen Beschluss

an den kreisangehörigen Städten vorbei zu fassen; vielmehr sollten die betroffenen Städte zuvor einbezogen werden.

KA Dr. Stapper berichtet über den Vorlauf dieses Antrages und die damit verbundenen Gespräche. Bereits im Vorhinein sei durch die Fraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN deutlich skizziert worden, welche Aspekte bei einem solchen Antrag beachtet werden müssten (Linienkonzessionen etc.). Der vorliegende Antrag sei mit einer viel zu festen Forderung formuliert worden. Die aufsummierte Streckenlänge würde im Millionenbereich liegen und der unterbreitete Finanzierungsvorschlag sei viel zu vage.

Er fasst zusammen, dass die Kooperationsfraktionen natürlich dafür seien, dass der ÖPNV schneller und zielgerechter werde, die Menschen zufriedener werden und der motorisierte Individualverkehr zugunsten des ÖPNV und des SPNV abnehme. Allerdings sei ein solches Großvorhaben – wie von der FDP-Fraktion versucht – nicht mit der „Brechstange“ realisierbar. Er begrüßt die Umwandlung in einen Prüfauftrag.

KA Kuchler freut sich über den Aufschlag der FDP-Fraktion. Sie erinnert daran, dass bereits vor rund sechs Jahren ein Mobilitätsworkshop stattgefunden habe und ein Mobilitätsgutachten erarbeitet worden sei. Aus ihrer Sicht sei seither zu wenig auf diesem Gebiet passiert. Aus den ganzen Erkenntnissen seien nun Lehren zu ziehen und Ergebnisse zu erzeugen.

KA Ernst bittet darum, dass das Vorhaben nicht durch das Klimaschutzbudget gedeckt werde.

KA Madeia erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Prüfauftrag – wie bereits im Mobilitätsausschuss angeboten – selbstverständlich zustimmen werde, um eine valide Entscheidungsgrundlage zu erhalten.

KA Geyer weist auf die umfangreichen Kosten des vorliegenden Vorhabens hin. Einem Prüfauftrag wird die SPD-Fraktion zustimmen. Aufbauend auf der Bedarfsanalyse (aus Sicht des Endkunden) durch die TU Dresden könne weiter agiert werden.

KA Joseph verdeutlicht, dass eine tatsächliche Verkehrswende durch die Schaffung von mutigen Angeboten und Anreizen realisiert werden könne. Konkret bedeute dies ein Umdenken weg von der Bedarfsplanung hin zu einer Angebotsplanung.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, fasst Landrat Hendele den modifizierten Beschlussvorschlag wie folgt zusammen und stellt diesen zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung folgender Schnellbuslinien im Kreis Mettmann zu prüfen:

- Langenfeld – Hilden – Düsseldorf (SB 785)
- Hilden – Erkrath – Mettmann (SB 741)
- Mettmann – Haan – Hilden – Langenfeld - Monheim-Baumberg (SB Südkreis)
- Mettmann – Ratingen - Heiligenhaus – Velbert – Wülfrath (SB Nordkreis)

Für die Schnellbusse im Süd- und Nordkreis wird eine Möglichkeit zum Umsteigen in Mettmann geprüft.

Die zusätzlich eingesetzten Schnellbusse sollen während der Spitzenauslastungen am Morgen und späten Nachmittag besonders mit Blick auf den Pendlerverkehr im Halbstundentakt verkehren und die bestehenden Buslinien verstärken. Dabei sollen in jeder der kreisangehörigen Gemeinden nur maximal die zwei wichtigsten Haltepunkte (bspw. an S-Bahn-Stationen oder Knotenpunkten der Ortsbuslinien) angefahren werden.

Darüber hinaus wird die Einrichtung eines zusätzlichen Haltepunktes auf den zukünftigen Linien S16/S17 (Düsseldorf – Solingen – Leverkusen-Opladen – Köln) im Kreis Mettmann, in Hilden, weiterhin prioritär vorangetrieben.

Die Kostenbeteiligung ist mit den betroffenen Gemeinden abzustimmen.

Fördermöglichkeiten zur Einrichtung von Schnellbuslinien durch Bund, Land und EU sind zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**